

Heidemarie Wieczorek-Zeul

### Europa muss für eine »große Transformation« werben

Vor der Konferenz »Rio +20«

*Vom 20. bis 22. Juni findet in Brasilien die Konferenz »Rio +20« statt. Angesichts der großen Herausforderungen wäre eine »große Transformation« vonnöten, um den Finanzkapitalismus zu bändigen. Stattdessen erlebt die Welt zur Zeit eher Regression und kleinteilige nationalstaatliche Manöver. Europa könnte und sollte in diesem Zusammenhang die Hoffnung sein.*

#### Heidemarie Wieczorek-Zeul

(\* 1942) ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung des Deutschen Bundestages. Von 1998 bis 2009 war sie Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.  
heidemarie.wieczorek-zeul@bundestag.de



In der »Millenniumserklärung« aus dem Jahr 2000 hat die internationale Gemeinschaft das Prinzip der Solidarität betont, das angesichts der großen Herausforderungen so zentral ist und das eine unerlässliche politische und finanzielle Verpflichtung darstellt. »Die globalen Probleme müssen so bewältigt werden, dass die damit verbundenen Kosten und Belastungen im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien der Billigkeit und sozialen Gerechtigkeit aufgeteilt werden. Diejenigen, die leiden oder denen die geringsten Vorteile entstehen, haben ein Anrecht darauf, Hilfe von den größten Nutznießern zu erhalten.«

Im Vorfeld der Konferenz »Rio +20«, trotz und gerade wegen der Finanzmarktkrise, gilt es, diese Verpflichtung zur Solidarität erneut in Erinnerung zu rufen. Welchen »Wellen« globaler Entwicklungen und Herausforderungen sieht sich die Welt gegenüber, und wie kann ihnen begegnet werden?

Zum einen der fortgesetzten ökonomischen Globalisierung, die bisher in markt-radikalem »Selbstlauf« gravierende Ungleichheiten auch innerhalb der einzelnen Nationalstaaten bewirkte und die die Herrschaft der Finanzökonomie über Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer brachte.

Zum zweiten den radikalen Machtverschiebungen, die mit dem Aufstieg großer Länder wie u.a. Indien und China verbunden sind, die heute bereits mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung ausmachen, in denen sich bereits eine neue Mittelschicht herausgebildet hat. In den ländlichen Regionen dieser Länder herrscht aber sehr häufig noch eine verbreitete Armut, besonders unter den Frauen. In 30 Jahren werden die Staaten Europas nur noch rund 8 % der Gesamtweltbevölkerung von dann 9 Milliarden Menschen ausmachen.

Zum dritten kann sich der fortsetzende Klimawandel, wenn es nicht gelingt drastische CO<sub>2</sub>-Reduzierungen in den Industrie- und den großen Schwellenländern durchzusetzen und mehr Klimagerechtigkeit zu bewirken, in Verbindung mit den beiden anderen Wellen zu einem dramatischen »Tsunami« entwickeln. Schwere ökologische, ökonomische und soziale Konflikte und Verteilungskämpfe sowie möglicherweise Kriege wären die Folge. Zu Recht betont deshalb der Wissenschaft-

liche Beirat für globale Umweltfragen der Bundesregierung (WBGU) die Notwendigkeit einer »großen Transformation«. Stattdessen erlebt die Welt augenblicklich eher Regression und kleinteilige nationalstaatliche Manöver – und das, obwohl die Konferenz »Rio +20«, die jetzt im Juni in Brasilien stattfindet, eigentlich eine tatsächliche und umfassende Weltwirtschaftskonferenz sein müsste. Deshalb wäre Europa, wäre die Europäische Union so wichtig: Sie ist – noch immer – der Beleg dafür, dass wirtschaftlicher Fortschritt mit sozialer Verantwortung und ökologischen Regeln verbunden ein »besseres Leben« für alle mit mehr Gerechtigkeit bedeuten kann. Fällt dieses »Referenzprojekt« in den internationalen Beziehungen weg, dann steht die Frage: Nach welchen »Regeln« wird sich künftig die Welt entwickeln? Nach den alten oder neuen marktradikalen Paradigmen ergänzt um einen chinesischen Staatskapitalismus?

### **Gefährliche Austeritätspolitik**

Ich treffe in meinen internationalen Kontakten viele Menschen, die genau diese »Regeln« nicht wollen und die deshalb mit banger Hoffnung auf die europäische Entwicklung sehen. Europa, das kann und sollte die Hoffnung sein, den weltweiten, global agierenden Kapitalismus, zumal den Finanzkapitalismus, sozial und ökologisch zu bändigen und einen Aufbruch in eine sozial gerechte, kohlenstoffarme und ressourceneffiziente Welt zu wagen. Verbunden mit den Zielen der Klimagerechtigkeit, einer »road map« für *green economy* und der Achtung und Verankerung des Menschenrechtes auf soziale Sicherung. Das würde es ermöglichen, ein Bündnis zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den ärmeren Entwicklungsländern, zumal in Afrika, zu schmieden, die zwar ihre eigene Entwicklung und Bekämpfung der Armut voranbringen, aber die Ver-

heerungen des weltweiten Klimawandels zu Recht verhindern wollen. Das sollte auch bedeuten, dass sich diese Allianz, die etwas anderes ist als die G 20, verpflichten sollte, die Millenniumsentwicklungsziele zu verwirklichen und sie über das Jahr 2015 hinaus um sogenannte »Sustainable Development Goals«, Nachhaltigkeitsentwicklungsziele für Entwicklungs- und Industrieländer zu ergänzen. Dabei muss es u.a. um Ziele für Energieeffizienz, Ausbau der Erneuerbaren etc. gehen.

Die augenblickliche Austeritätspolitik, geprägt durch die falsche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, ist aber das genaue Gegenteil dessen, was die Europäische Union und die Welt brauchen. Die Austeritätspolitik verschärft die Gefahr der Rezession. Sie droht erneut eine Krise vom Norden auf die Länder des Südens überzuwälzen.

Die internationale Koordination der Wirtschaftspolitik im Sinne von Wachstum und Beschäftigungssicherung hat im Jahr 2008/2009 eine Katastrophe verhindert. Der geplante Fiskalpakt in der EU ohne jedes europäische Wachstumsinstrument würde den Zusammenhalt der Europäischen Union gefährden, zum Schaden ihrer eigenen ökonomischen und politischen Entwicklung und zum Schaden der europäischen Position in politischen, sozialen und ökologischen Fragen in den internationalen Beziehungen. Notwendig ist deshalb aus meiner Sicht ein Umdenken in der makroökonomischen Politik und endlich auch das Ansetzen an den Ursachen der Finanzmarktkrise, die maßgeblich für die jetzigen Haushaltskrisen vieler Länder waren und es noch immer sind. Das gilt innerhalb der Länder, aber auch in den internationalen Beziehungen: Endlich gerechtere Einkommensverhältnisse schaffen, gesetzliche Mindestlöhne verankern und eine Finanztransaktionssteuer verwirklichen, die den Finanzsektor endlich an der Finanzierung der Folgen der Krise beteiligt.

Dass eine Transaktionssteuer auch noch nach fast vier Jahren der Finanzmarktkrise nicht zustande kommt, hängt mit dem Beharren mancher europäischer Länder auf dem alten marktradikalen Denken, aber auch dem Finassieren und Taktieren der Bundesregierung zusammen. Dabei gäbe es doch die technische und politische Möglichkeit in der engeren europäischen Zusammenarbeit einer Reihe von Ländern, mit einer solchen Finanztransaktionssteuer voranzugehen! Diese sollte immer auch eine »Steuer gegen Armut« sein. Es ist umso katastrophaler, dass jetzt laut Mitteilung der OECD zum ersten Mal seit vielen Jahren die Mittel der Industrieländer für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) zurückgegangen sind: auf 133,5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2011! Angesichts aller Notwendigkeiten, gerechtere Lebensverhältnisse in den armen Entwicklungsländern zu schaffen, wäre die Einhaltung des 0,7 %-Ziels – verglichen etwa mit den Zahlen zur

Stabilisierung von Ländern wie Griechenland wirklich kein hoher Betrag. Im Übrigen geht es bei der Verwirklichung des 0,7 %-BSP-Ziels für ODA nicht nur um die Einhaltung von verbindlichen Zusagen der Industrieländer an die Entwicklungsländer. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sind auch wichtig, um die weltwirtschaftliche Entwicklung voranzubringen und rezessiven Tendenzen entgegenzuwirken. Die Europäische Union muss die anstehende »Rio +20«-Konferenz zum Anlass nehmen, ein Umdenken einzuleiten und sich der Notwendigkeit einer »großen Transformation« bewusst werden.

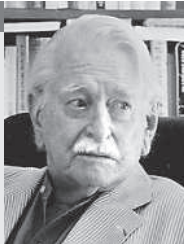
Das »High Level Panel on Sustainable Development«, unter der Leitung von Tarja Halonen, das vom UN-Generalsekretär Ban Ki Moon eingesetzt worden war, hat dazu im Februar 2012 wegweisende Visionen und praktische Handlungsvorschläge vorgelegt. Sie gilt es aufzugreifen, statt sie im Vorfeld der Konferenz nach bekanntem Muster »kleinzuschreddern«. ■

*Klaus Harpprecht*

## Die Glosse: Deutsche und Polen – ein Gedenkblatt

### Klaus Harpprecht

(\* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.



Das »Weimarer Dreieck«, in dem sich die europäischen Interessen Polens, Frankreichs und der deutschen Bundesrepublik verknüpfen sollen, war ein genialer Einfall des Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der bis dahin eher als ein Großmeister der taktischen Routine

galt. Die enge Kooperation des »couple franco-allemand« mit der osteuropäischen Führungsmacht sollte verhindern, dass verbohrt Nationalisten links und rechts des Rheins noch einmal der Versuchung nachgäben, das eigene Gewicht durch geheime Allianzen im Osten des Kontinentes auf Kosten des Nachbarn zu mehren. Der Weimarer Bund sollte aber auch Polen vor der Lockung bewahren, die deutschen und französischen Partner gegeneinander auszuspielen (wie es in der »klassischen Diplomatie« – in der Regel mehr dümmlich als schlau – üblich gewesen ist).

Umso trauriger, dass die Auswärtigen Ämter der beteiligten Staaten Genschers